

**Interpellation Haag-St.Gallen / Huber-Rorschach (22 Mitunterzeichnende):
«Wie gefährlich ist TiSA**

Seit Februar 2012 verhandelt eine Gruppe von 23 WTO-Mitgliedern (Really Good Friends of Services) ausserhalb der WTO über das Abkommen «Handel mit Dienstleistungen» (TiSA–Trade in Services Agreement). Die Schweiz nimmt seit Beginn aktiv an diesen Verhandlungen teil. Mit dem Dienstleistungsabkommen, das ausserhalb der WTO zwischen 25 vorwiegend reichen Ländern ausgehandelt wird, drohen Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung im gesamten Dienstleistungssektor, auch im Service public. Elementare Dienstleistungen wie Wasser, Strom, Bildung oder Gesundheit sind durch TiSA gefährdet.

Wie schon die Freihandelsabkommen CETA (EU und Kanada) und TTIP (EU und USA) ist auch TiSA im Ausland und im Inland immer mehr umstritten, TiSA macht vielen Leuten Angst, da die vom Seco geführten Verhandlungen geheim und in der Öffentlichkeit wenig bekannt sind. Soweit sich seine Konturen abzeichnen, könnte es jedoch einschneidende Folgen haben. Von anderen Freihandelsverträgen unterscheidet es sich durch den Grad seiner Pluralität und andererseits durch seine besondere Exklusivität: Die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), aufstrebende Schwellenländer, sind ausgeschlossen. Wie andere Handelsverträge dient es der Öffnung von Märkten, nun aber besonders für die öffentlichen Dienstleistungen. Eine solche Öffnung kann mit einer Einschränkung demokratischer rechtsstaatlicher Selbstbestimmungsfreiheit einhergehen (vor Erlassen Pflicht zur Kommunikation und Konsultation gegenüber Unternehmen in irgendeinem der Vertragsstaaten).

TiSA tangiert in besonderem Masse den Handlungsspielraum der Politik, die demokratischen Entscheidungsprozesse, die Tätigkeit der öffentlichen Hand und den Service public auf allen drei Staatsebenen. Voraussichtlich wird aufgrund TiSA über einen Verstoß gegen Vertragsbestimmungen kein staatliches, sondern ein privates Schiedsgericht im Ausland urteilen. Es ist absehbar, dass der Schutz des in Dienstleistungsunternehmen investierten privaten Kapitals und seines Ertrages Vorrang behaupten wird vor dem Schutz von Menschen und Umwelt. Eine besondere Sorge gilt dem Service Public, dessen Zuverlässigkeit und allgemeine Nutzbarkeit unter der Voraussetzung des TiSA nicht gewährleistet scheint. Aus diesen Gründen und um ein Zeichen zu setzen haben sich einzelne Städte (Zürich, Bern) in der Schweiz bereits für TiSA-freie Zonen entschieden (Information zu TiSA: www.stop-tisa.ch).

Die Regierung wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. In welcher Form hat sich die Regierung mit dem Thema TiSA befasst?
2. Welches sind die direkten und indirekten Folgen von TiSA für den Kanton?
3. Wie kann der Kanton Einfluss (evtl. in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen) auf die Verhandlungen bzw. deren Veröffentlichung nehmen?
4. Wie kann der Kanton seine Autonomie wahren bzw. wo wird sie durch TiSA beschnitten?
5. Wie sichert der Kanton für nachfolgende Generationen einen zahlbaren, zuverlässigen, allen zugänglichen Service public?
6. Wie stellt sich die Regierung zur Idee einer «TiSA-freien Zone»?

30. November 2015

Haag-St.Gallen
Huber-Rorschach

Altenburger-Buchs, Baumgartner-Flawil, Blöchlinger Moritzi-Gaiserwald, Blumer-Gossau, Bucher-St.Margrethen, Bürki-Gossau, Gschwend-Altstätten, Hartmann-Flawil, Hasler-St.Gallen, Hoare-St.Gallen, Keller-Kaltbrunn, Kofler-Uznach, Kündig-Rapperswil-Jona, Lemmenmeier-St.Gallen, Maurer-Altstätten, Schneider-Goldach, Schwager-St.Gallen, Sulzer-Wil, Surber-St.Gallen, Thurnherr-Wattwil, Walser-Sargans, Wick-Wil